

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Ronto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 41. Mittwoch den 19. Februar 1919. 78. Jahrg.

Bertagung der N.-B. zum Zeichen der Trauer.

Gelöste Fragen.

Der Zeiger der Weltumkehr rückt immer weiter, und es wird immer klarer, was unsere Feinde mit uns vorhaben. So leidenschaftlich wir danach verlangen, mit ihnen an einem Tische sitzen zu dürfen, um die Fragen alle lösen zu helfen, die der Krieg den zivilisierten Völkern aufgeworfen und hinterlassen hat — wir stehen an verlassenen Türen, und wir predigen tauben Ohren. Sie sitzen über uns zu Gericht, ohne uns auch nur als Angeklagte die Möglichkeit der Verteidigung zu gewähren; wir sind verurteilt, ehe noch nur das Verfahren in unserem Sinne begonnen hat. Aus dem Waffenstillstand machen wir jetzt in den Zustand des Friedens hinein, aber Herr Erzberger wird erst nach Trier bemüht, wenn zuvor in Paris alles bis ins kleinste abgearbeitet und das Ultimatum bis auf das 3 fertiggestellt ist. Unterschreiben dürfen wir, nichts als unterschreiben — und wenn es unter eigenem Todesurteil ist.

Unsere Regierung hat, kaum daß der Waffenstillstand geschlossen war, sich bereit erklärt, vor einer internationalen Untersuchungskommission über die Ursachen des Weltkrieges Rede und Antwort zu geben, ihre diplomatischen Archive zu öffnen und jeden Spruch eines neutralen Gerichtshofes entgegenzunehmen. Darauf soll sie noch heute eine Antwort bekommen. Nicht etwa, weil die Weltmächte noch keine Zeit gefunden hätten, sich mit dieser Frage aller Fragen näher zu befassen — sie haben es nur ab, sie mit uns überhaupt zu verhandeln. Das machen sie ganz unter sich ab, im Halb Dunkel der Ausschüsse, die sie dafür eingeleitet haben, und dann kommt Herr Poincaré und verkündet der alten und der neuen Welt, daß die Schuldfrage endgültig gelöst sei, daß man es ablehnen müsse, über sie erst noch mit den Schuldigen in weitläufige Erörterungen einzutreten. So sicher also fühlen sich diese Herrschaften bereits, daß sie es nicht einmal für nötig gehalten, den Schein eines unparteiischen Gerichtsverfahrens zu wahren. Daß sie entschlossen alle Folgerungen aus ihrer einseitigen, parteiischen, willkürlichen Schuldfrage ziehen, ohne sich auch nur im geringsten darum zu kümmern, ob wir gegen sie protestieren, ob wir an das Weltgewissen appellieren, ob wir uns mit Händen und Füßen gegen unsere moralische mehr noch als gegen unsere materielle Abwärtigung sträuben oder nicht. Für sie ist der Fall erledigt; den Inhalt unserer Archive können wir ruhig für uns behalten. Mit unsereinem verhandelt man einfach nicht. Das Recht haben wir vernichtet.

Nicht anders scheinen sie in einer Sonderfrage vorzugehen zu wollen, an die jeder Deutsche, dem seine Ehre noch etwas gilt, nur mit zitterndem Herzen herangehen sollte: die Verantwortlichkeit des Kaisers und seiner Heerführer für Krieg und Kriegführung. Um deutsches Staats- und Verfassungsrecht, das doch hier einseitig und allein maßgebend sein und bleiben kann, kümmern sie sich nicht einen Wimpernschlag. Englische, französische Rechtegelehrte werden um Gutachten angegangen, und was diese aus der Tiefe ihres Gemüts an Spruchwortschneiderei hervorholen, das soll dem Richteramt über deutsche Männer, die schließlich doch nur ihrem eigenen Volke Rechenschaft schulden, zugrunde gelegt werden. Ob sie sich verteidigen wollen, wie sie sich verteidigen können, das läßt die Herren vollständig kalt. In ihrer Cadaver Ruhe ist jedes Schicksals Lose, und sie denken gar nicht daran, ihre Allmacht auch nur um ein Atelchen vertürzen zu lassen. Auch die Frage ist für sie bereits gelöst. Wir haben lediglich zu warten, bis man es für angezeigt hält, uns die getroffene Entscheidung bekannt zu geben.

Ober die Frage der Gefangenenbehandlung. Raum waren hier die ersten Klagen gegen uns vorgebracht worden, als wir sofort eine eigene Untersuchungsbehörde mit ausgedehnter Vollmacht, mit richterlichen Befugnissen, einsetzten, die von heute auf morgen ihre Tätigkeit aufnahm. Nicht nur daß jeder Einzelfall für sie in voller Öffentlichkeit verhandelt wird, sie hat auch unmittelbare Strafgewalt, so daß jedes Verfahren ohne irgendwelche Vermittlung anderer Instanzen durch sie allein von Anfang bis zu Ende durchgeführt wird. Wir erlaubten uns im Hinblick auf diesen Beweis unseres guten Willens nur den bescheidenen Wunsch auszusprechen, daß man nun auch vielleicht auf der Gegenseite ein ähnliches Verfahren einschlagen werde, denn es besteht einiger Grund zu der Vermutung, daß die Behandlung der deutschen Gefangenen in England und Frankreich auch mancherlei zu wünschen übrig lasse. Und der Erfolg? Auch hier wurden wir nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Wir sollen eben lernen zu begreifen, daß von einer Gleichwertigkeit deutscher und — anderer Menschen nur teutonische Schwachköpfe träumen können.

Der Völkerbund? Aber natürlich hat die Entente ihn aufstangebracht, ohne ihn durch unsere schon in fast hemmungsloser Form erbetene Mitarbeit zu befehlen. Wir dürfen draußen stehen und um Einfluß betteln, und dann wird sie darüber entscheiden, ob wir auslassen sind oder

nicht. Die Verteilung der Kolonien? Darüber ist kein Wort mehr zu verlieren, auch diese Frage ist gelöst. Nach dem unermülichen Beispiel von Lloyd George hat jetzt auch Herr Wilson rund heraus erklärt, daß Deutschland zu überseeischen Besitzungen nicht wieder zugelassen werden wird; wir hätten den Eingeborenen unerträgliche Lasten und Ungerechtigkeiten auferlegt, also seien wir weiterhin unwürdig, noch irgendwelche Herrschaftsrechte über sie auszuüben. So werden wir verurteilt, moralisch gestürzt und enteignet, ohne daß man uns auch nur angehört, geschweige denn sich mit unserer Verteidigung auseinandergesetzt hat. Und dieses in aller Welt- und Menschheitsgeschichte ganz unerhörte Verfahren kleidet sich überdies noch in das Gewand erhabener Gerechtigkeit, auf festen Grund gestützte Unfehlbarkeit. Jetzt wird Herr Wilson nach Amerika zurückkehren, voller Befriedigung über das, was er hier vollbracht hat. Wir aber liegen achselzuckend am Boden — und gedachten doch nach allen Erniedrigungen der letzten Monate nun endlich ein neues Leben beginnen zu können.

Es soll nicht sein, nach dem Willen unserer Feinde soll es nicht sein. Das demokratische Deutschland wird von ihnen noch schmerzlicher, noch grausamer behandelt als das kaiserliche. Wird es trotzdem die Kraft besitzen, sich aus der Asche der Vernichtung in neuer Gestalt zu erheben? Das ist und bleibt eine ungelöste Frage. Wehe uns, wenn wir sie nicht aus eigener Kraft lösen können.

Bertagung der N.-B. zum Zeichen der Trauer.

Erzbergers Erklärungen zum Waffenstillstand. (8. Sitzung.) OB. Weimar, 17. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Ministerpräsident Scheidemann das Wort, um anzukündigen, daß sofort eine Erklärung unseres Vertreters in Trier erfolgen solle. Reichsminister Erzberger verliest den Wortlaut des neuesten Zusatzabkommens zum Waffenstillstand und knüpft daran die Bemerkung, er wüßte keinen Mitglied der Versammlung die schweren Stunden, wie sie ihm in Trier beschieden gewesen wären. Die am Freitagabend von ihm abgegebenen Depeschen seien selbsterweise bis zum folgenden Tage nachmittags noch nicht in den Händen der Regierung in Berlin und Weimar gewesen. (Hört, hört!) Ja, sagt der Redner, verlangte darauf 24stündige Frist von Marschall Foch. Dies lehnte Marschall Foch mit dem Bemerkten ab, wenn bis Sonntagabend 6 Uhr der Waffenstillstand nicht verlängert sei, werde er, Foch, seine Beschie an die Truppen geben und der ganze Waffenstillstand errette Montag früh 5 Uhr sein Ende. An den Bedingungen, die von den alliierten Regierungen festgelegt seien, könne nichts geändert werden, auch Wilson habe ihnen zugestimmt.

Große Bewegung ging durch das ganze Haus, als Erzberger erklärte, daß Foch die Herausgabe der 800 000 neuangeworbenen Deutschen abgelehnt habe. Einmütig stimmte daraufhin das Haus dem Antrage des Präsidenten zu, zum Zeichen der Trauer über die Trierer Vorgänge die Sitzung aufzuheben und sich auf morgen zu vertagen. In Rahmen der Interpellationen der Deutschen Volkspartei sollen in den nächsten Tagen alle Fragen, die mit dem Waffenstillstand im Zusammenhang stehen, besprochen werden.

Zum Waffenstillstand.

Foch „vermutet“ baldigen Vortritten. Trier, 17. Februar.

Auch diesmal war unseren Beratern nur eine kurze Spanne Zeit geschenkt, die diffizilen neuen Bedingungen zu beraten und anzunehmen, so daß die eigentlichen Verhandlungen auch bloß in lakonischer Kürze geführt werden konnten. „Vogel friß oder stirb“, das ist nach wie vor die Devise unserer Feinde. Vermutlich wird auch der uns bevorstehende „Rechtsfriede“ genau dieselbe Aufmachung haben. Nur ein einziges kümmerliches Wort des Trierer hatte Marschall Foch. Zu Artikel 2, in welchem bestimmt ist, daß die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens auf „kurze Zeit“ erfolgt, fragte nämlich Reichsminister Erzberger, warum „kurze Zeit“ vorgeschlagen sei und ob dieser Vorschlag etwa mit der Möglichkeit eines baldigen Bräutinnfriedens in Zusammenhang stehe. Marschall Foch antwortete: Ja, vermute es. „Volla tout!“ sagt der Franzose, auf deutsch: Das ist alles!

Im übrigen protestierte noch vor der Unterzeichnung die Reichsregierung von Weimar aus gegen die ganze Art und Weise, was Foch, ohne wie die Wiener zu verstehen, zur Kenntnis nahm. Die Bedingungen mußten in der schon veröffentlichten Form kurzschon angenommen werden. Hervorzuheben ist einzig und allein noch folgendes: Marschall Foch traute, warum unsere Handelschiffe zur Lebensmittelversorgung noch nicht auslaufen und er machte dann den Vorschlag, die Seeschiffe sollten sofort in Spaa

Interessante Die für die regelmäßige Anwesenheit oder deren Name, Lebenszeit, Pa., Neamen, etc. mit 6% Verzugszinsen, Zeitraum und tabellarischer Sach mit 50% Aufschlag. Bei Milderung und Jahresumfassen entsprechender Nachsch. Delinquenzstrafen im amtlichen Teil (nur von Zehner) die Spalte 60 Pf. des. Die / Nachweisungs- und Offiziersgebühr 20 des. 30 Pf. / Telephonische Interaktionsaufgabe (siehe jedes Neamenkontrakt aus. / Anzeigennahme M 13 über vorangetragen. / Zeitungsgebühr des Tages 6 Pf., 2 die postulante Zustellung. / Für das Schreiben der Anzeigen an bestimmten Tagen und Nächten wird keine Gebühr gefordert. / Stelle Nachweise 25%, Nachweis ohne Nachsch. / Die Nachweise und Anzeigengebühren nur bei Zahlung binnen 30 Tagen abzuführen; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verloh. Inoffizien bedingen die Verzugsung des Druck-Jahres. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungswort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als verbindlich durch Annahme der Zeitung, falls nicht der Empfänger innerhalb 5 Tagen, vom Erscheinungstage an, Widerspruch erhebt.

wieder zusammenkommen, um die Aernanotungen über alle Einzelheiten fortzusetzen. Reichsminister Erzberger betonte noch einmal: Die drei wirtschaftlichen Abkommen: Schiffahrtsabkommen, Ernährungsabkommen und Finanzabkommen sind ein einheitliches unzerstörliches Ganzes. Marschall Foch stimmte dieser Auffassung bei.

Graf Raugau mißbilligt das Abkommen.

Reichsminister Graf Brockdorff-Rausau hat nach der Beratung des Kabinetts und der Parteiführer über die Note an die Entente zu erkennen gegeben, daß er mit der glatten Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durchaus nicht einverstanden sein könne. Diese Meinungsverschiedenheit zwischen dem Grafen Brockdorff-Rausau und den übrigen Kabinettsmitgliedern scheint sich zu Nichttrittsabsichten des Grafen Brockdorff-Rausau verdichtet zu haben. Die Regierung läßt dazu erklären, daß ein Grund für einen Nichttritt nicht vorhanden sei.

Die große Auseinandersetzung.

Nachklänge aus der Nationalversammlung. Ohne Zweifel hat die großartige Rede des Reichsfinanzministers Schiffer in der Nationalversammlung starke Eindrücke hinterlassen, wenn sie auch ein positives Programm des finanziellen Wiederaufbaues vermissen ließ. Die Offenheit, mit der sich der neue Finanzminister zu dem Ernst unserer Lage bekannte, und mit der er seine Forderungen begründete und neue ankündigte, die Geradheit, mit der er sich mit dem früheren Geldwirtschaftslehren auseinandersetzte, trug ihm reichen Beifall etc. und weckte harten Nachhall im ganzen Hause. Und dennoch hatte die Sitzung noch einen zweiten Höhepunkt. Das war das

Rede von Haase-Roske.

Der unabhängige Sozialist Haase hielt eine seiner gewöhnlichen Reden, die eine Wiederholung der unabhängigen Angriffe auf die Regierungssozialisten und ein Beklagen brachte, ob des schweren Unrechtes, das den völlig schuldlosen Spartakusanhängern und ihren unabhängigen Mitläufern angetan worden ist. Außerpolitisch sollte die Rede eine Rechtfertigung der Kriegspolitik der Unabhängigen sein, die natürlich alles vorhergesehen hat, die wußte, daß Deutschland den Krieg verlor, und die gleichwohl, wie Herr Roske sofort feststellte, bis zum 9. November von einem deutschen Eroberungskrieg sprach, anstatt sich gerade, wenn sie die Niederlage vorherah, mit allen Mitteln gegen die drohende Katastrophe zu wehren. Mit ganz außerordentlicher Schlagfertigkeit antwortete Reichswehrminister Roske. Er belegte einwandfrei und überzeugend, was Geisteskinder die Unabhängigen sind, deren Führer in Bremen verschwanden, als es ernst wurde, deren Umtriebe in Luxhoben

den Waffenstillstand gefährdeten

und das Auslaufen der Schiffe zur Heimsendung der deutschen Soldaten aus der Ukraine verhinderten. Den Vorwurf, eine gegenrevolutionäre Schartruppe durch die Freiwilligenwerbung für den Kampf gegen die Polen geschaffen zu haben, wies Roske überlegen zurück und zeigte die großen nationalen und wirtschaftlichen Gefahren, die der sich wild gebärdende polnische Imperialismus für das deutsche Volk zur Folge haben muß. Ein bedeutender Teil notwendiger Lebensmitteldorräte liegt in den von den polnischen Vandalen bedrohten Bezirken. Wenn die Lieferung dieser verträglich zugesicherten, für unsere Volksernährung unbedingt notwendigen Lebensmittel unterbunden wird, sind die Folgen nicht abzusehen. Jeder Satz der Roskeschen Ausführungen war vernichtend für die Fraktion Haase, die durch Lärm und Loben, durch Zurufe und Lachen das Haus über ihre heikle Lage hinwegtäuschen wollte. Besonders wirkungsvoll war das Material, das Roske gegen einzelne Mitglieder der Unabhängigen Fraktion selbst vortrug.

Das war die erste langerwartete Auseinandersetzung zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen. Sie ist im allgemeinen ruhiger verlaufen, als man vielfach annahm. Sie hat zugleich gezeigt, daß alle Versuche, die Einheit der Partei herzustellen, scheitern müssen, denn in Haase und Roske fanden sich letzten Endes die Vertreter grundverschiedener Weltanschauungen gegenüber.

Eines ist nötig!

Kampf gegen den Notstand der Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft hat keine einzige Stunde Zeit, sich nach dem Kriege zu erholen. Aus ihr müssen wir das Möglichste mit Notwendigkeit herauskumpfen, um uns alle am Leben zu erhalten. Hier müssen jetzt unsere Leistungen verdoppelt, verdreifacht werden, wenn das deutsche Volk sich zum alten Stand seiner Wirtschaft wieder erheben will. Die Ernährungsfrage ist ja das Brennpunkt für unser Volk.